

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadtrat Thorsten Ehlgötz (CDU) Stadtrat Detlef Hofmann (CDU) Stadtrat Dr. Albert Käuflein (CDU) Stadtrat Sven Maier (CDU) Stadtrat Dr. Thomas Müller (CDU) Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU) Stadtrat Rainer Weinbrecht (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 24. September 2013	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	54. Plenarsitzung Gemeinderat 22.10.2013 2013/0118 20 öffentlich
Konzept zur Mitnahme von Fahrrädern und Fortbewegungsmitteln im ÖPNV		

Die CDU-Fraktion beantragt:

Die Stadtverwaltung prüft, ob die Erarbeitung des im Verkehrsentwicklungsplan aufgeführten Konzepts für die Mitnahme von Fahrrädern und Fortbewegungsmitteln vorgezogen und zeitnah realisiert werden kann.

Sachverhalt/Begründung:

Die Stärkung des intermodalen Verkehrsverhaltens der Bürgerinnen und Bürger in Karlsruhe auf Basis einer gleichberechtigten Nutzungsmöglichkeit aller Verkehrsarten ist ein ausdrückliches Ziel des durch den Gemeinderat beschlossenen Verkehrsentwicklungsplans (VEP). Der einseitigen politischen Benachteiligung einer einzelnen Verkehrsart durch eine aus sachfremden Erwägungen geleiteten Priorisierung anderer Verkehrsarten, die auf Basis des subjektiven Nutzungsverhaltens beruht, muss vorgebeugt werden.

Die Nachfrage nach Mitnahmemöglichkeiten von Kinderwagen und von Fortbewegungsmitteln mobilitätseingeschränkter Bürgerinnen und Bürger steigt stärker als erwartet. Diese sind auf die Mitführung von Rollstühlen oder Rollatoren angewiesen. Dabei stehen die Familien und mobilitätseingeschränkten Bürgerinnen und Bürger aufgrund der geringen Platzkapazitäten der Busse und Bahnen nicht selten in Konkurrenz zu Fahrgästen, die ein Fahrrad mitführen. Gleichzeitig ergeben sich Behinderungen für andere Fahrgäste und bei nicht ausreichender Sicherung gar eine Gefährdung derer. Durch das ADFC-KVV-Faltrad wurde bereits eine erste Verbesse-

rungsmaßnahme realisiert. Die demographische Entwicklung der Karlsruher Bevölkerung lässt dennoch eine verstärkte zukünftige Nachfrage nach Transportmöglichkeiten erwarten.

Der Verkehrsentwicklungsplan sieht die Erstellung eines Konzeptes zur Mitnahme von Fahrrädern und Fortbewegungsmitteln als eine zu ergreifende Umsetzungsmaßnahme (vgl. ÖV.25 und R.3.d) vor. Die Verwaltung prüft, ob durch ein Vorziehen der Konzepterstellung die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger reduziert werden können. Mit einem zeitnah vorliegenden Konzept können die darin enthaltenen Verbesserungsmaßnahmen für die Behebung der bestehenden Probleme schneller umgesetzt werden. Eine konkrete Prüfung von Transportmöglichkeiten von Fahrrädern außerhalb des Fahrgastraums sollte Berücksichtigung finden.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Thorsten Ehlgötz

Detlef Hofmann

Dr. Albert Käuflein

Sven Maier

Dr. Thomas Müller

Tilman Pfannkuch

Rainer Weinbrecht

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

11. Oktober 2013